

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 189 (2023)
Heft: 11

Artikel: Das Ende von Nagorno-Karabach : schwindet Russlands Macht?
Autor: Tanner, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1052819>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Ende von Nagorno-Karabach: Schwindet Russlands Macht?

Das Ende von Nagorno-Karabach ist schnell gekommen. Die Einstellung mancher Akteure zur Republik Arzach und zu Aserbaidschan folgte vielfach der Maxime «Der Feind meines Feindes ist mein Freund». Die Geschichte dieses Protostaates bleibt ein exemplarisches Lehrstück über die enge Verzahnung von Innenpolitik, Aussenpolitik und Geopolitik.

Rolf Tanner

Mit dem Exodus der verbliebenen armenischen Minderheit aus Nagorno-Karabach als Folge des Kurzkriegs vom 19./20. September 2023 endete eine 30-jährige Saga in Südkaukasien: nämlich der Versuch der Karabach-Armenier, Anschluss an das armenische Mutterland zu suchen, nachdem sie aufgrund der Stalinschen Nationalitätenpolitik in den 1920er-Jahren dem turkophonen Aserbaidschan zugeschlagen worden waren. Mit dem Zerfall der Sowjetunion schien sich die Gelegenheit aufzutun, das Ziel dieses Zusammenschlusses zu erreichen. Mit tatkräftiger Unterstützung der

Regierung in Eriwan und einem gewissen Wohlwollens Moskaus gelang es den Karabachern, während drei Jahrzehnten faktisch eine eigenständige Existenz aufrecht zu erhalten als Republik Arzach.

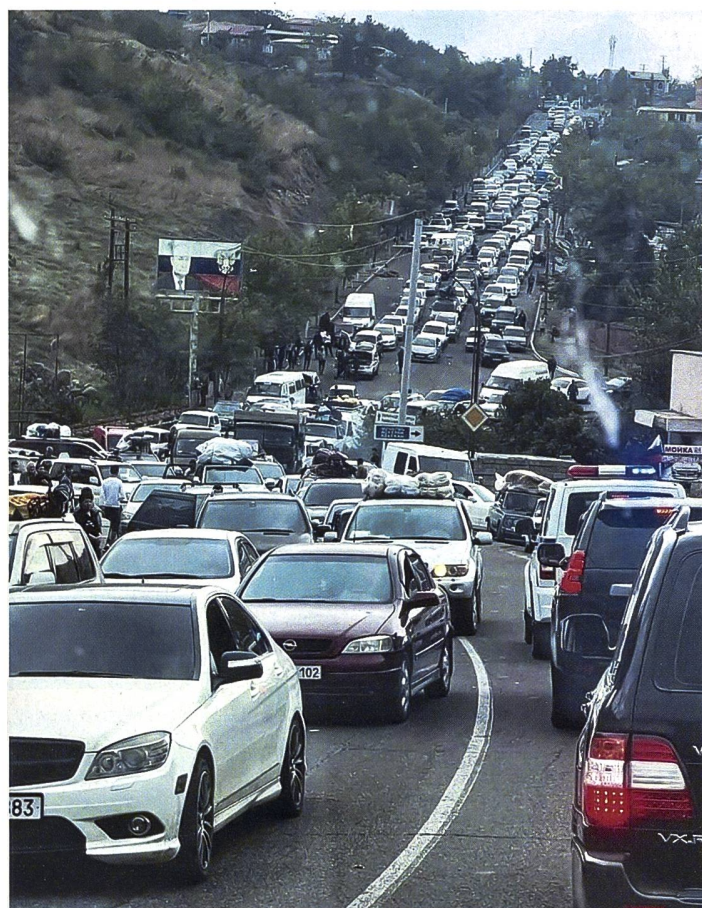
Doch vor wenigen Jahren wendete sich das Blatt. Die verbliebenen Behörden von Arzach haben nun per 1. Januar 2024 ihre Auflösung bekannt gegeben. Mit der Flucht fast der gesamten armenischen Minderheit aus Nagorno-Karabach vollzieht sich ein weiteres Kapitel «ethnischer Säuberungen», das in dieser Region Ende der 80er-Jahre aufgetan wurde: Damals kam es zu einer

ersten Fluchtwelle, als Hunderttausende ausserhalb von Nagorno-Karabach lebende Armenier aus Aserbaidschan und gleichzeitig Aserbaidschaner aus Armenien flohen. An der Grenze trafen die beiden Flüchtlingsströme aus entgegengesetzten Richtungen aufeinander.

Die Nützlichkeit von Protostaaten

Eine offene Frage bleibt nach der Tragödie: Inwiefern haben die Ereignisse die Rolle Russlands in Südkaukasien geschwächt – oder gar gestärkt? Denn Russland ist, oder war es zumindest bis in jüngster Vergangenheit, die traditionelle Schutzmacht der Armenier – und damit auch von deren Anspruch auf Nagorno-Karabach. Als sich die Sowjetunion auflöste, waren altkommunistischen Kader und russische Nationalisten bestrebt, im ehemaligen sowjetischen Raum so viel Einfluss wie möglich zu bewahren, um bei Gelegenheit den Machtbereich Moskaus wieder auszudehnen. Es ging ihnen weniger um eine Restauration der Sowjetunion samt ihrer kommunistischen Ideologie. Vielmehr sahen und sehen sie die nach 1992 aus der Erbmasse der UdSSR entstandene Russische Föderation als Trägerin einer jahrhundertealten imperialen Ordnungs- und Kulturidee, die das kontinentale Eurasien abdeckt und im Gegensatz zum Westen und seiner liberalen Weltanschauung steht. Diese Ordnungs- und Kulturidee vereint nicht nur die christlichen slawischen Völker, sondern auch die ethnischen Gruppen des Urals, des Kaukasus und Sibiriens bis zum Amur. Diese Vision treibt heute auch den russischen Präsidenten Wladimir Putin an.

Bereits in der Endphase der Sowjetunion instrumentalisierten russische Militärs und Politiker ethnische Minderheiten in unabhängig gewordenen, ehemaligen Sowjetrepubliken (siehe ASMZ Juni 2023 «Transnistrien im Sog des Ukraine-Kriegs»). In der Folge entstanden, zum Teil mit tatkräftiger Unterstützung des Kremls, sogenannte Protostaaten: etwa im moldawischen Transnistrien sowie in Südossetien und Abchasien, die beide völkerrechtlich zu Georgien gehören. Protostaaten sind staatsähnliche Gebilde, die über die meisten Merkmale von Staaten verfügen (Territorium, Volk, Verfassung, Flagge, Armee), die aber von der Staatengemeinschaft nicht anerkannt werden. Selbst Moskau anerkannte diese Protostaaten zum Teil nicht, was zeigt, wie sehr sie ein reines Machtinstrument sind. Südossetien



◀ Nach dem Kurzkrieg Mitte September verlassen die meisten Armenier ihre bisherige Heimat Nagorno-Karabach. Bild: @NeilPHauer

war 2008 als Protostaat nützlich, diente es doch als Vorwand, um gegen Georgien (erfolgreich) Krieg zu führen.

Kaukasische Machtspiele

Nagorno-Karabach beziehungsweise die Republik Artsach waren insofern anders, als sie nicht ein Produkt von Moskaus Gnaden waren – oder wenigstens nur zu einem geringeren Teil. Nach dem gescheiterten Putsch altkommunistischer Kräfte im August 1991 in Moskau hatte Nagorno-Karabach seine Unabhängigkeit von Aserbaidschan erklärt. Armenische Verbände – vorwiegend Karabacher, aber auch Armenier aus dem Mutterland und sogar aus der Diaspora – eroberten daraufhin den ganzen Südwesten Aserbaidschans. Ihr Vormarsch wurde begünstigt durch die in der Gegend verbliebenen sowjetischen beziehungsweise jetzt russischen Truppen, welche Waffen und Munition lieferten. Die aserbaidshanische Zivilbevölkerung wurde aus den eroberten Gebieten vertrieben; fast eine halbe Million musste ihre angestammte Heimat verlassen. Unter Vermittlung Russlands wurde ein Waffenstillstand geschlossen, der die Armenier im Besitz ihrer Eroberungen belies.

Das erklärte Ziel Nagorno-Karabachs war der Anschluss an Armenien. Doch das war heikel. Der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens hatte in den 90er-Jahren in der internationalen Staatengemeinschaft und unter den Grossmächten die Überzeugung gestärkt, dass bestehende Grenzen nicht gewaltsam verändert werden sollten. Würde man nämlich solche Grenzänderungen zulassen, so die Befürchtung, würde dies eine Büchse der Pandora öffnen mit endlosen Konflikten – nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Afrika und Asien. Ein Anschluss Nagorno-Karabachs an Armenien hätte diesen Grundsatz der Nichtverschiebung von Grenzen durch Gewalt verletzt und damit einen Präzedenzfall geschaffen.

Nach dem Waffenstillstand von 1994 begannen deshalb endlose Verhandlungen über den Status von Nagorno-Karabach. Armenien und Artsach plädierten für einen Zusammenschluss, Aserbaidschan lehnte diesen vehement ab und schlug stattdessen eine weitgehende Autonomie vor. Doch für die Karabacher war das inakzeptabel.

Die Verhandlungen wurden dadurch kompliziert, dass Grossmachtpolitik hineinspielte. Armeniens engster Verbündeter war Russland. Aber auch die USA und Frankreich standen in den 90er-Jahren an der Seite Ar-



▲ Die Konfliktregion um Nagorno-Karabach zwischen 1994 und 2020. Grafik: rferl.org

◀ Die Pipelines im Südkaukasus. Grafik: stratnewsglobal

meniens, wenn auch mit wechselnder Intensität und variablem Interesse. Das hatte damit zu tun, dass es in beiden Staaten eine aktive armenische Diaspora gibt, welche bei der jeweiligen Regierung für ihr Mutterland lobbyieren. Gleichzeitig aber waren die Amerikaner darauf fokussiert, dass zentralasiatisches Erdöl und Erdgas unter Umgehung russischen Territoriums in den Westen gelangen konnten.

Armenien war eine Zeitlang als Transitland für diese Pipelines im Gespräch, verlor aber schliesslich das Wettrennen gegen Georgien. Zudem zeichnete sich bereits damals ab, dass Aserbaidschan zu einem grossen Erdölproduzenten werden könnte. Sowohl in Washington wie auch in europäischen Hauptstädten wollte man es sich deshalb mit Baku nicht verscherzen. Seit 1994 die Familie Alijew die Macht übernommen hatte, herrschte dort zudem wieder Ruhe und Ordnung. Die Türkei stand immer an der Seite Aserbaidschans. Ebenso Israel: Denn da gewisse Kreise in Baku Gebietsansprüche auf den aserbaidshanischen Teil Irans stellten, brachte dies die Islamische Repu-

blik gegen Aserbaidschan auf und an die Seite Armeniens. Wie im Nahen Osten gilt auch im Südkaukasus die alte Maxime: Der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Armenische Entfremdung von Russland und der Krieg von 2020

Obwohl auch Moskau immer bemüht war, es nie zum offenen Bruch mit Baku kommen zu lassen, war es doch die faktische Schutzmacht Armeniens in den 1990er- und 2000er-Jahren. Eriwan wurde denn auch Mitglied der wichtigsten russlandgeführten Staatengruppierungen im ex-sowjetischen Raum: einerseits der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO¹; Mitglied seit 2002); andererseits der Eurasische Wirtschaftsunion (EEAU²; seit 2015). Ergänzt wurde diese formelle Einbindung in Russlands Einflussphäre durch die engen Verbindungen zwischen armenischen und russischen Eliten. Etliche armenische Geschäftsleute kamen in Putins Reich zu beträchtlichen Vermögen. Karabacher hatten in Armenien selbst gewichtige Positionen

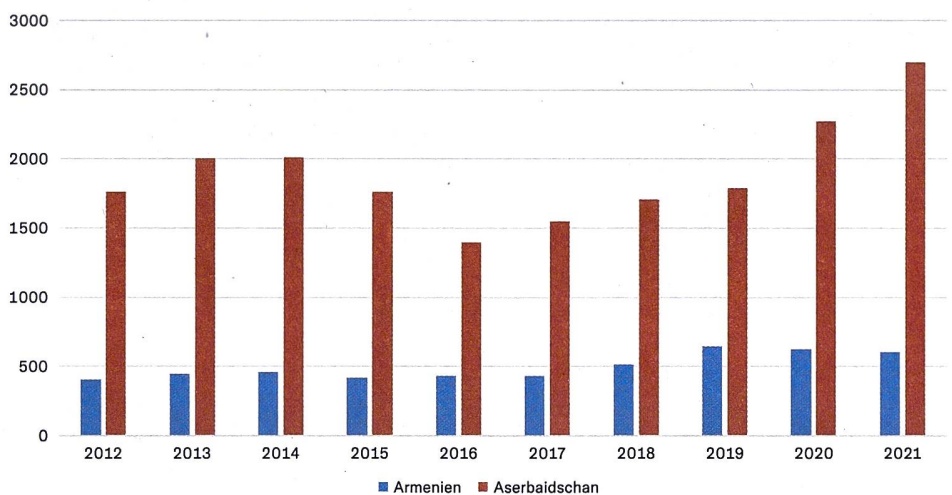
inne: So war der armenische Staatspräsident Robert Kortscharjan, der von 1998 bis 2008 amtierte, vorher Präsident von Artsach gewesen. Und auch sein Nachfolger Sersch Sargsjan diente zuerst als einer der Kommandanten der Armee Artsachs, bevor er 1993 zum armenischen Verteidigungsminister und danach zum Nachfolger Kortscharjans als Staatspräsident aufstieg.

Beide Politiker verfolgten einen harten nationalistischen Kurs, lehnten sich eng an Russland an und versuchten immer wieder, die Rolle des Parlaments zu beschneiden und Wahlen zu manipulieren. Auch wenn Armenien formell eine Demokratie blieb, war sie doch immer wieder gefährdet, während das Land bezüglich Korruption in den Jahresberichten von Transparency International stetig in die hinteren Ränge rutschte. Wirtschaftlich prosperierte Armenien bis 2008 zwar leidlich, erholte sich aber nach einem tiefen Einbruch während der weltweiten Finanzkrise nie mehr richtig. Doch selbst während den «guten Zeiten» erlebte Armenien eine hohe Emigration. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat zirka ein Drittel der armenischen Bevölkerung das Heimatland verlassen, mehr als die Hälfte von ihnen zog nach Russland, gefolgt – interessanterweise! – von Aserbaidschan, den USA, der Ukraine und Frankreich. Auch aus Artsach gab es eine kontinuierliche Abwanderung aufgrund mangelnder ökonomischer Perspektiven.

Gegen Korruption, Manipulation und Repression kam es im April 2018 schliesslich zu einer Bürgerrevolte, an deren Spitze sich der Journalist und Bürgerrechtler Nikol Paschinjan stellte. Die alten Eliten wurden von der Macht verjagt, Paschinjan wurde neuer Ministerpräsident. Er versprach einen strikten Antikorruptionskurs. Es zeigte sich ein Graben in der armenischen Gesellschaft zwischen jenen Kräften, welche der nationalistischen Agenda nach wie vor Priorität einräumten, und reformerischen Gruppen, die an einer modernen, demokratischen Gesellschaft interessiert waren und für die das Schicksal Artsachs, bei aller Sympathie, sekundär war. In Moskau nahm man die Entwicklungen beim bisher treuen Verbündeten mit Besorgnis zur Kenntnis: Ein Regierungsstil mit Fokus auf Transparenz und Rechtsstaatlichkeit sowie einer Deeskalation des Nationalismus war gar nicht nach dem Gusto des Kremls.

Seit 2010 rüstete Aserbaidschan dank sprudelnden Erdöleinnahmen seine Armee auf. Im September 2020 ging es dann zum Überraschungsangriff über. Dank Drohnen

MILITÄRBUDGETS 2012–2021 (IN MILLIONEN USD)



Quelle: IISS Military Balance

erlangte es schnell die Luftüberlegenheit und seine Truppen rückten zügig vor. Die Streitkräfte von Artsach sowie die zu ihnen abdetachierten Einheiten der regulären Armee Armeniens mussten dagegen mit schlecht gewartetem Gerät operieren und litten unter komplizierten Kommandostrukturen. Ein Versuch, in Armenien Reservisten zu mobilisieren, verlief schwerfällig; die Stellungspflichtigen entzogen sich dem Aufgebot. Die Armenier hatten sich trotz Vorwarnung in falscher Sicherheit gewiegt. Die Wucht des gegnerischen Vormarsches überraschte sie komplett. 7000 Menschen starben im 44-tägigen Krieg.

Dem Ende entgegen

Russland und die Türkei, die jeweiligen Schutzmächte, vermittelten einen Waffenstillstand. Die Armenier mussten alle in den 1990er-Jahren gewonnenen Gebiete sowie rund ein Drittel von Artsach aufgeben. Russland stationierte eine Friedenstruppe auf dem Territorium des verbleibenden Rumpfstaates sowie im sogenannten Latschin-Korridor, der Stelle, wo sich Armenien und Artsach territorial am nächsten kommen. Damit sollte eine Landverbindung aufrecht erhalten bleiben.

Die armenische Niederlage führte zu heftigen Protesten gegen Paschinjan. Er setzte daraufhin Neuwahlen an – die er dann prompt haushoch gewann. Für viele Armenier genoss offenbar das, wofür er stand – saubere Regierung, Demokratie, Zivilgesellschaft – einen höheren Stellenwert als das, wofür seine Gegner geworben hatten: Nationalismus. Trotzdem konnte Pa-

schinjan sich dem Karabach-Problem nicht entziehen. Es war klar, dass fortan das Schicksal Artsachs vollständig in den Händen der russischen Friedenstruppe lag. Im Mai 2023 anerkannte Paschinjan die Zugehörigkeit Nagorno-Karabachs zu Aserbaidschan, insistierte aber auf einer Autonomie für die armenische Minderheit – was Baku mittlerweile ablehnte.

Der Ukraine-Krieg schuf eine neue Situation. Russland war nun anderweitig absorbiert, und Aserbaidschan war entschlossen, die Situation auszutesten. Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan pflegten eine pragmatische Partnerschaft, die in beider antiwestlicher Grundhaltung gründet. Doch diese hatte Erdogan noch nie daran gehindert, auch auf Kosten Putins seinen Einfluss auszubauen, wenn sich eine Gelegenheit bot. Im Dezember 2022 besetzten aserbaidisch-«Öko-Aktivist» den Latschin-Korridor und verhängten eine Hungerblockade über Nagorno-Karabach. Die russischen Truppen wollten oder konnten dies nicht verhindern und schauten tatenlos zu. Paschinjan suchte um Unterstützung bei den USA und der EU. Diese Wendung nach Westen war für Putin Grund genug, nun erst recht die Unterstützung für die Armenier herunterzuschrauben. Und dann kam der Kurzkrieg vom 19./20. September, in dem Moskau die Armenier ihrem Schicksal überliess.

Ausblick

Die Geschichte der Ereignisse um Artsach bleibt ein exemplarisches Lehrstück über die enge Verzahnung von Innenpolitik, Aus-



◀ Der Sansecur-Korridor zwischen Nachitschewan und dem Hauptteil von Aserbaidschan. Grafik: aa.com

senpolitik und Geopolitik. Mit der Aufnahme der karabachischen Flüchtlinge steht die Regierung Paschinjan heute vor einer grossen Belastungsprobe. Die USA und die EU haben letztlich das Vorgehen Aserbaidschans ebenso hingenommen wie Russland; sie verhängten nicht einmal Sanktionen gegen Baku. Aserbaidschan ist eines der Länder, das vom Ausstieg der Europäer aus russischem Erdöl profitiert hat; die Beziehung will man in Brüssel nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, bei aller Sympathie für die Armenier. Zudem: So sehr die USA und die EU an einer Schwächung Russlands interessiert sein mögen, so sind ihre effektiven Machtmittel vor Ort beschränkt. Weder Washington noch Brüssel haben gegenwärtig Appetit auf ein strategisches Engagement im Südkaukasus. Damit aber verbleibt Russland für Armenien als einziger veritabler Player. Allerdings ist unklar, inwiefern Moskau wirklich noch die Rolle einer Schutzmacht wahrnehmen kann, selbst wenn es möchte. Möglicherweise wäre der Kreml bereit, mehr Unterstützung einer neuen, prorussischen armenischen Regierung zu gewähren – doch seine Mittel dürften angesichts des andauernden Ukraine-Kriegs beschränkt sein. Selbst bei wieder grösserer russischer Unterstützung bliebe Arzach für Armenien verloren.

Aserbaidschan scheint entschlossen, den Schwung seines Sieges auszunutzen und hat seine Forderungen weiter in die Höhe geschraubt: Schon früher verlangte es einen sicheren Landkorridor zwischen dem Hauptteil des Landes und der Exklave Nachitschewan, welche zwischen Armenien und der Türkei eingeklemmt ist. Seit der Eroberung

Arzachs hat Aserbaidschan seinen Druck diesbezüglich ausgebaut. Bereits hält es gewisse Grenzgebiete Armeniens besetzt. Die geschwächte und demoralisierte armenische Armee leistete dagegen keinen Widerstand. Und auch Russland macht keinen Anschein, Aserbaidschan hier die Stirn zu bieten, obwohl eine solche Besetzung eigentlich ein klarer Bündnisfall für die CSTO³ wäre.

Es ist also davon auszugehen, dass die Spannungen im Südkaukasus keineswegs vorbei sind und jederzeit wieder eskalieren können. Vor allem aber zeigt die Situation, dass Russlands Einfluss an den Randzonen seines Imperiums tendenziell am Schwinden ist. Profiteur davon ist allerdings nicht, wie das eine simple Nullsummen-Spiellogik vermuten lassen würde, der Westen, sondern die Türkei. Sollte allerdings Russland wieder Erfolge in der Ukraine einfahren – sei es militärisch, sei es am Verhandlungstisch – könnte die endlose Saga geostrategischer Kämpfe im Südkaukasus nochmals um eine Volte reicher werden. ■

1 Collective Security Treaty Organization

2 Eurasian Economic Union

3 Mitglieder der CSTO sind Russland, Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan.



Rolf Tanner
Dr. phil. I
8125 Zollikerberg



VERTEIDIGUNGSFÄHIGKEIT ERKLÄRT

Thomas Süssli, CdA

Die dritte strategische Stossrichtung dient der Intensivierung der internationalen Kooperation. Diese ist nicht Selbstzweck, sondern dient der Stärkung der autonomen Verteidigungsfähigkeit.

Im Auftrag, den General Guisan im September 1939 erhalten hat, stand es klar geschrieben: Falls die Schweiz angegriffen würde, würden die Massnahmen der Neutralität hinfällig; der Bundesrat könnte über Kooperationen entscheiden. Wie es im Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht aufgezeigt wird, geht es auch heute darum, Optionen und Handlungsfreiheit zu schaffen.

Kooperation funktioniert jedoch nicht aus dem Stand, sie braucht Vorbereitung, um die dafür notwendige Interoperabilität zu erreichen. Sei es bei Strukturen, Prozessen, Standards oder Systemen. Letztere ergeben zudem bereits Synergien in der Beschaffung und lassen uns bei der Einführung von komplexen Systemen von anderen Nationen profitieren und teure Fehler vermeiden. Die Beschaffung von sogenannten «Off the shelf»-Produkten, ohne schweizerische Anpassungen, reduziert die Kosten von Beginn an und bis zur Einführung – und dies bei tieferen Risiken. Gleichzeitig erhöhen sie die Interoperabilität.

Ein weiteres Feld der internationalen Kooperation bilden Trainings im benachbarten Ausland. Um die Verteidigungsfähigkeit der Bodentruppen zu erhöhen, müssen diese auf Stufe Bataillon oder höher in einem möglichst realitätsnahen Umfeld trainieren können. In der Schweiz ist das Training des Gefechtes der verbundenen Waffen heute nicht möglich. Auch der Kampf im urbanen Gebiet kann zu wenig realitätsnah trainiert werden. Genau wie bei der Luftwaffe und den Spezialeinheiten erhöht auch bei den Bodentruppen die internationale Kooperation die Verteidigungsfähigkeit.